

Press release**Universität Essen (bis 31.12.2002)****Monika Roegge**

07/03/2002

<http://idw-online.de/en/news50216>Organisational matters, Science policy
interdisciplinary
regional**Uni Essen: Keine halben Lösungen! Teilung der Geistes- und Naturwissenschaften verhindert Synergien**

Die "uneingeschränkte Zusammenführung des Profilschwerpunktes Geisteswissenschaften am Standort Essen" haben am heutigen Mittwoch (3. Juli) in einer gemeinsamen Pressekonferenz die Mitglieder des Rektorats sowie Vertreter des Senats der Universität Essen verlangt. Für Duisburg muss das, so die Essener Forderung, im Falle der Fusion beider Hochschulen den "generellen Verzicht auf die Einrichtung eines ‚Geisteswissenschaftlichen Zentrums‘ (GWZ)" bedeuten. Ein Studiengang "Kulturwirt", wie die Universität Duisburg ihn bereits zum Wintersemester 2002/03 anbieten will, soll erst in einer fusionierten Universität eingerichtet werden - "wenn die dafür erforderlichen einschlägigen Voraussetzungen gegeben sind". Essen bedauert, dass Duisburg noch "kurz vor Toresschluss" neue Studiengänge unter Dach und Fach bringen will - ohne Rücksicht auf die Interessen der fusionierten Hochschule.

In einem gemeinsamen Positionspapier verlangen Rektorat und Senat in Essen darüber hinaus für den Standort Essen die Einrichtung eines Lehr- und Forschungsbereiches "Life Sciences". Für den Fall, dass das Land der überraschenden Empfehlung seiner drei Gutachter folge und den Fachbereich Physik in Duisburg konzentriere, werde das um so notwendiger. Das Zentrum sei erforderlich, um ein eigenständiges Profil unter Beteiligung der Fächer Biologie, Chemie und Medizin ausbilden zu können. Das Land müsse finanzielle Zusagen für die Ersteinrichtung und zur Anschubfinanzierung geben - wie sie für das geplante Zentrum für Medizinische Biotechnologie bereits in Aussicht gestellt worden seien.

Bisherige Gesprächsergebnisse als unzulänglich verworfen

Mit dieser kompromisslosen Haltung ziehen Senat und Rektorat in Essen die Konsequenzen aus dem bisherigen Verlauf des Fusionsprozesses. Im nicht öffentlichen Teil seiner Sitzung am 25. Juli hatte der Senat die sich jetzt abzeichnenden Ergebnisse als absolut unzulänglich verworfen. Danach werde nämlich in der vereinigten Hochschule kein Gleichgewicht zwischen beiden Standorten bestehen. Vielmehr werde das Resultat ein stark geschwächter Standort Essen sein; das müsse zu Lasten der Stabilität und Zukunftsfähigkeit des Gesamtgebildes gehen.

Resultat der Senatssitzung ist das Positionspapier von Rektorat und Senat. Einen Tag nach dem jüngsten Fusionsgespräch (am Dienstag, 2. Juli), bei dem die Rektorate beider Hochschulen die bestehenden Differenzen nicht hatten ausräumen können, legten die Vertreter der Universität Essen das Drei-Seiten-Dokument der Öffentlichkeit vor.

Doppelstandort Mathematik

Die für die Mathematik gefundene Lösung - Doppelstandort für den Diplom-Studiengang mit unterschiedlicher Ausprägung im Hauptstudium, Lehrerausbildung ausschließlich in Essen - bewertet das Positionspapier als "für die absehbare Zukunft unumgänglich". Personelle Synergieeffekte seien allerdings kaum zu erzielen.

Unverständnis über den Vorschlag zur Physik

Der Vorschlag der Gutachter, den Fachbereich Physik und den Diplomstudiengang in Duisburg anzusiedeln, die Lehrerausbildung aber in Essen zu belassen, ist in Essen "mit Unverständnis zur Kenntnis genommen" worden. Das erfordere, da Inhalte des Lehramtsstudiums und des Diplomstudiums überwiegend deckungsgleich seien, zusätzliche Lehrkapazität in Essen. Auch hier seien also keine Synergieeffekte zu erwarten. Zudem sei - bei ungeklärter Finanzlage - der Umzug von Essen nach Duisburg teurer als in umgekehrter Richtung. Folge das Land der Gutachter-Empfehlung, bedeute das eine gravierende strukturelle Schwächung für die in Essen bisher profilbildenden Naturwissenschaften, aber auch die Medizinische Fakultät sei in ihren Lehr- und Forschungsinteressen empfindlich tangiert.

Eklatanter Widerspruch zum Fusionsziel

Einen eklatanten Widerspruch zum Ziel, durch eine Fusion Synergieeffekte zu erzielen und Ressourcen zu bündeln, sieht man in Essen in dem Duisburger Bestreben, dort ein Geisteswissenschaftliches Zentrum als Forschungszentrum einzurichten. "Keine Möglichkeit des Ausgleichs der personellen und sächlichen Unterausstattung in den Geisteswissenschaften am Standort Essen, kein Abbau der Überlasten und keine Möglichkeit des Ausbaus der Geisteswissenschaften im Hinblick auf Vertiefung und Verbreiterung des Lehr- und Forschungsangebots", heißt es. Duisburg strebt ein Geisteswissenschaftliches Zentrum mit mehr als 50 Stellen an. Die Realisierung würde bedeuten, dass ein großer Teil der Lehrenden in den geisteswissenschaftlichen Fächern weiterhin in Duisburg tätig sein würde. Essen aber muss die Duisburger Lehramtsstudenten aufnehmen - auch in den ohnehin überlasteten Philologien.

Kritik am Verhalten des Landes erneuert

Das Positionspapier befasst sich abschließend auch mit dem bisherigen Verhalten des Landes im Fusionsprozess. Als inakzeptabel werden - wegen mangelnder politischer Bindewirkung, vor allem aber wegen der unpräzisen Aussagen über eine Kostenübernahme - die bisherigen "Fusions-Garantien" des Landes zurückgewiesen. "Ohne eine bezifferte Zusage zur Übernahme der fusionsbedingten Umzugs- und Umstrukturierungskosten in der von beiden Universitäten errechneten Höhe ist ein Einstieg in eine Fusion ausgeschlossen", stellen Rektorat und Senat der Universität Essen fest. Wenn solche Zusagen angesichts der prekären Haushaltslage nicht gegeben werden könnten, müsse die an sich wünschenswerte Fusion verschoben werden: "Eine Fusion, die nicht bezahlt werden kann, kann nicht stattfinden".

Bekräftigt werden die bereits früher erhobenen Bedenken gegen wesentliche Inhalte des Referentenentwurfs für das Fusionsgesetz. Erneut wehrt sich die Hochschule gegen die Einsetzung eines Gründungsrektors/einer Gründungsrektorin.

Hinweis für die Redaktionen: Als Anhang folgt das Positionspapier im Wortlaut.

Redaktion: Monika Rögge, Telefon (02 01) 1 83 - 20 85

Gemeinsame Position von Rektorat und Senat
zum Stand des Fusionsprozesses mit der Universität Duisburg
nach der Begutachtung der Fächer Mathematik und Physik

1. Juli 2002

I. Bilanzierung des derzeitigen Standes

Standortprofile

Eine fusionierte Universität kann nur dann Erfolg haben, wenn beide Standorte gleichermaßen zukunftsfähige und klar konturierte wissenschaftliche Profile aufweisen.

Als Grundprofile sind im November 2001 zwischen den beiden Rektoraten vereinbart worden:

- * Duisburg: Ingenieur-, Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaften;
- * Essen: Medizin, Geistes- und Wirtschaftswissenschaften sowie Lehrerbildung.
- * Beide Standorte rechnen auch die Naturwissenschaften zu ihren Grundprofilen.

Für das Fach Chemie war der Standort Essen einvernehmlich als Hauptstandort vorgesehen (einzige Ausnahme: "Wasserchemie" in Duisburg).

Die Standortverteilungen für die Fächer Mathematik und Physik dagegen waren strittig. Ebenso strittig waren die von der Universität Duisburg geforderte Etablierung eines "Geisteswissenschaftlichen Zentrums" (GWZ) in Duisburg und dessen Umfang. Im Verlaufe der weiteren Verhandlungen wurde vereinbart, diese drei strittigen Fragen in einem Begutachtungsverfahren durch Fachgutachter klären zu lassen. Für die Fächer Mathematik und Physik ist dies erfolgt, nicht jedoch für ein GWZ.

Die Empfehlungen der Fachgutachter zu den Fächern Mathematik und Physik sind:

- a) Mathematik: Doppelstandort mit unterschiedlichen Ausprägungen in der Forschung und im jeweiligen Diplom-Studiengang. Grund: hohe Mathematik-Nachfrage an beiden Standorten verbietet im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit des Faches Insel-Lösungen.
- b) Physik: Ansiedlung des Fachbereichs und des Diplom-Studiengangs am Standort Duisburg. Versorgung der Physik-Nachfrage in Mathematik, Medizin, Chemie und in der Lehrerbildung am Standort Essen durch Service-Export.

Bewertungen:

- a) Mathematik: Die Doppelstandorts-Lösung für das Fach Mathematik ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen und für die absehbare Zukunft unumgänglich. Personelle Synergie-Effekte treten unter diesen Umständen allerdings kaum auf.
- b) Physik: Die Universität Essen hat mit Unverständnis zur Kenntnis genommen, daß die Fachgutachter empfohlen haben, den Fachbereich Physik und den Diplomstudiengang Physik in Duisburg zu lokalisieren. In Verbindung mit der gleichzeitigen Empfehlung, die Folgepersonal-Ausstattung deutlich zu verbessern, sowie dem Erfordernis, die Lehramtsstudiengänge in Essen anzubieten - was aufgrund der überwiegenden Deckungsgleichheit mit dem Diplom-Studiengang zusätzliche Lehrkapazität in Essen erfordert - führt dies dazu, daß auch im Fach Physik kaum Stellen-Synergieeffekte in einer gemeinsamen Universität zustande kommen können. Trotz der ungeklärten Finanzierungsfragen ist eine Standortentscheidung empfohlen worden, die deutlich erhöhte Umbau-, Neustrukturierungs- und Umzugskosten verursacht, weil der zum Umzug empfohlene Essener Fachbereich Physik im Bereich der Professuren deutlich mehr und vergleichsweise jüngeres wissenschaftliches Personal hat.
 - * Folgt das Land der Gutachter-Empfehlung in Sachen Physik, wird die Trennung der für den Standort Essen derzeit profilbildenden Naturwissenschaften eine gravierende strukturelle Schwäche für eine fusionierte Universität darstellen. Der Standort Essen als Ganzes würde seine Attraktivität im naturwissenschaftlichen Bereich einbüßen.
 - * In Essen angesiedelte "Nachbar"-Fächer wie Chemie, Mathematik, Medizin, und Lehrämter müßten empfindliche Attraktivitäts-Einbußen sowohl hinsichtlich potentieller Studierender wie potentieller Berufungs-Kandidatinnen und -Kandidaten sowie Verschlechterungen der Infrastruktur (Werkstätten, Bibliothek) hinnehmen, ganz besonders die Chemie mit ihrer Verzahnung in Lehre und Forschung mit der Physik (inklusive eines neu eingerichteten Sonderforschungsbereichs) in der Physikalischen Chemie.
- c) Geisteswissenschaftliches Zentrum: Im Lichte der Rektoratsvereinbarung, die Geisteswissenschaften am Standort Essen zu konzentrieren, war die Einrichtung eines "GWZ" in Duisburg - zumal in der von Duisburg gewünschten Größenordnung - von vornherein strittig; erst recht die Zuordnung eines eigenen Studiengangs "Kulturwirt" zu diesem Zentrum.
 - * Die Einrichtung eines solchen Zentrums am Standort Duisburg würde dem vordringlichen Ziel einer Fusion, Synergie-Effekte zu erzielen und Ressourcen zu bündeln, in eklatanter Weise zuwiderlaufen: keine personellen Synergien in den Geisteswissenschaften, keine Möglichkeit des Ausgleichs der personellen und sächlichen Unterausstattung in den Geisteswissenschaften an ihrem Standort Essen, kein Abbau der Überlasten und keine Möglichkeit des Ausbaus der Geisteswissenschaften im Hinblick auf Vertiefung und Verbreiterung des Lehr- und

Forschungsangebots.

* Auch hinsichtlich der Ausbildung klar profilierter Standorte wäre die Einrichtung eines solchen Zentrums in Duisburg samt angeschlossenen Studiengang widersinnig. Statt Profilschwerpunkt Geisteswissenschaften in Essen, würde dies zu einer diffusen "Verschmierung" dieses Lehr- und Forschungsbereichs auf beide Standorte führen - mit der Konsequenz eines deutlichen Attraktivitätsverlustes einer fusionierten Universität für Studierende wie Lehrende.

* Eine Übernahme der Gutachter-Empfehlung durch das Land, das Fach Physik am Standort Duisburg anzusiedeln, würde diesen Aspekt verschärfen: der mögliche Verlust eines der bisher für Essen profilbildenden Fächer macht eine konsequente Konzentration der für den Standort Essen verbleibenden Profilschwerpunkte umso dringlicher.

II. Fazit

Die für den Erfolg einer fusionierten Universität unabdingbare Voraussetzung der Ausbildung zweier klar konturierter, zukunftsfähiger Standorte ist nicht mehr gegeben. Lediglich aus isolierter Standort-Sicht ergäbe sich eine positive Perspektive für Duisburg.

Für den Standort Essen zerstören die Schwächung der Naturwissenschaften durch die Verlagerung des Faches Physik, die nicht gewährte Unterstützung eines "Zentrums für Medizinische Biotechnologie" durch das Land sowie die Schwächung des Standorts Essen der Geisteswissenschaften durch die parallele Einrichtung eines "Geisteswissenschaftlichen Zentrums" in Duisburg das in den Fusionsverhandlungen für den Standort Essen vorgesehene wissenschaftliche Leistungsspektrum.

Keine der beiden Universitäten kann Interesse an einer derart unausgewogenen Profilsetzung haben.

Rektorat und Senat fordern daher:

a) Uneingeschränkte Konzentration des Profilschwerpunktes Geisteswissenschaften am Standort Essen und genereller Verzicht auf die Einrichtung eines "Geisteswissenschaftlichen Zentrums":

Die konsequente Zusammenführung der Geisteswissenschaften in Essen ist auch eine notwendige Voraussetzung dafür, daß die Geisteswissenschaften zu dem Exzellenz-Niveau aufschließen, das die nach Duisburg zu transferierende Physik unbestritten aufweist.

Diese Forderung schließt selbstverständlich die Bereitschaft ein, die erforderlichen geisteswissenschaftlichen Service-Leistungen am Standort Duisburg zu erbringen.

Die fusionierte Universität kann selbstverständlich auch einen Studiengang "Kulturwirt" anbieten, sofern die dafür erforderlichen einschlägigen Voraussetzungen gegeben sind.

b) Es kann nicht hingenommen werden, die bestehende Überlast in einzelnen geisteswissenschaftlichen Fächern durch die Zusammenlegung mit Duisburg noch zu vergrößern. In den bisherigen Duisburger Entwürfen für ein Geisteswissenschaftliches Zentrum sind Stellen aus Fächern vorgesehen, die derzeit in Essen schon Überlastfächer sind. Dies ist nicht akzeptabel, vielmehr muß der Abbau bestehender Überlasten Vorrang haben.

c) Das Vakuum, das der mögliche Umzug der Physik nach Duisburg im Essener Profil allgemein und in den Naturwissenschaften im besonderen hinterläßt, muß kompensiert werden. Die Einrichtung eines Lehr- und Forschungsbereiches "Life Sciences" ist erforderlich, um stattdessen ein eigenständiges Profil unter Beteiligung der Fächer Biologie, Chemie und Medizin ausbilden zu können. Hierfür sind finanzielle Zusagen seitens des Landes zur Ersteinrichtung und Anschubfinanzierung erforderlich, wie sie für das im gesamten Verlauf der Fusionsverhandlungen als Essener Profilschwerpunkt vorgesehene "Zentrum für Medizinische Biotechnologie" vom Land in Aussicht gestellt worden sind.

d) Die bisherigen "Fusions-Garantien" des Landes sind sowohl hinsichtlich der geforderten - und möglichen - politischen Bindewirkung als auch hinsichtlich der Kostenübernahme inakzeptabel. Ohne eine bezifferte Zusage zur Übernahme der fusionsbedingten Umzugs- und Umstrukturierungskosten in der von den beiden Universitäten errechneten Höhe ist ein

Einstieg in eine Fusion ausgeschlossen. Falls solche Zusagen auf Grund der derzeitigen prekären Haushaltslage des Landes nicht gegeben werden können, müsste von dem Projekt einer an sich wünschenswerten Fusion Abstand genommen und dieses Projekt auf die Zukunft verschoben werden. Eine Fusion, die nicht bezahlt werden kann, kann nicht stattfinden.

e) Rektorat und Senat fordern nach wie vor, den bereits vorgetragenen Bedenken gegen wesentliche Regelungen des Referentenentwurfs eines Fusionsgesetzes Rechnung zu tragen. Insbesondere wenden sie sich weiter entschieden gegen

* die Einsetzung einer Gründungsrektorin/eines Gründungsrektors mit präsidialer Dienstvorgesetzteneigenschaft durch das Ministerium - statt der Wahl eines Rektorates gemäß §§ 19 und 20 des Hochschulgesetzes NRW durch den Gründungssenat sowie gegen

* die - im Beschluß des Senats vom 28. Mai 2002 genauer spezifizierten - impraktikablen Übergangsvorschriften des Referentenentwurfs.

Universität Essen, Pressestelle, 45117 Essen

Telefon: (02 01) 1 83-20 88 - Telefax: (02 01) 1 83 - 30 08

e-mail: pressestelle@uni-essen.de - Internet: <http://www.uni-essen.de/pressestelle>

Besucheranschrift: Universitätsstraße 2, 45141 Essen, Gebäude T01, 6. Etage, Raum B13

Verantwortlich: Monika Rögge, Telefon: (02 01) 1 83 - 20 85